

B Unabhängige Bauernzeitung



Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

67. Jahrgang / Heft 155 • www.ubv.at • Juni 2026

Preisverfall in der Landwirtschaft stoppen

Nach Getreide, Milch, Eier und Kartoffeln befinden sich nun auch die **Rindfleischpreise** im Sinkflug. Innerhalb eines Monats ist der Preis um rund zwei Euro gefallen. Vor wenigen Wochen galt Rindfleisch noch als Mangelware, jetzt spricht man plötzlich von einem Überangebot. Auch die Preise für **Schweinefleisch** gehen zurück.

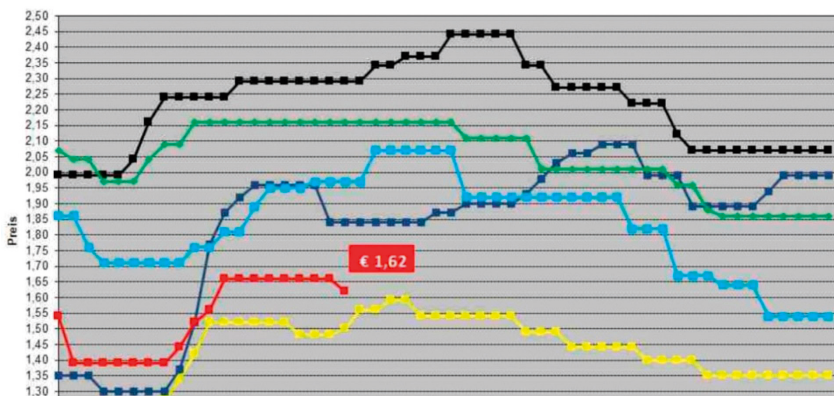
Der Österreichische Unabhängige Bauernverband (UBV) kritisiert, dass Interessensvertretungen, Agrar-Lan-

desräte und die zuständigen Minister dazu schweigen. Gleichzeitig bleiben übertriebene Kontrollen und bürokratische Belastungen für die landwirtschaftlichen Betriebe weiterhin aufrecht. Offenbar haben sich jene Parteien durchgesetzt, die ständig niedrigere Lebensmittelpreise fordern – nicht nur bei der Butter.

„Auch wenn die Bauern unter Druck stehen, kann man die Lage noch bewältigen, sagt Tierzuchtdirektor DI Michael Wöckinger von der Land-

wirtschaftskammer OÖ auf ORF Anfrage. Die bäuerlichen Parteiorganisationen und Vertreter in der Landwirtschaftskammer schweigen dazu.

Der Österreichische Unabhängige Bauernverband (UBV) fordert daher rasche Maßnahmen, um den Preisverfall zu stoppen. Denn, während die Erzeugerpreise sinken, steigen die Kosten für Betriebsmittel und Versicherungen in der Landwirtschaft laufend weiter an.



Kein Widerstand, kein Konzept

Die Bauern erleben derzeit ein politisches und wirtschaftliches Gewitter wie noch nie in den letzten Jahrzehnten. Ukraine-Deal, Mercosur-Abkommen, CO₂-Bepreisung und die dramatische Kürzung der EU-Ausgleichszahlungen treffen die Landwirtschaft gleichzeitig. Auch die geplante Mehrwertsteuerensenkung auf Grundnahrungsmittel entwertet die bäuerliche

Produktion. Konsumenten geben in Österreich nur rund zehn Prozent ihres Einkommens für Ernährung aus – weniger als für Freizeit und Sport. Ein Anteil von 15 Prozent für hochwertige, regionale Lebensmittel müsste sozialpartnerschaftlich abgesichert werden. Ein bloßes Nein zu Mercosur greift zu kurz. Es braucht konkrete Maßnahmen, um die heimische Landwirtschaft im Wettbewerb zu stärken. Die

Bauern müssen ähnlich unterstützt werden wie die Industrie. Auch die Landwirtschaft will und muss wettbewerbsfähig bleiben. Daher fordert der UBV einen Agrarstromtarif von fünf Cent. Der Schutz des eigenen politischen Mandats darf nicht wichtiger sein als das Wohl der bäuerlichen Betriebe.

LK-Rat ÖR Johann Großpötzl

Mercosur – Ein Handelsabkommen, wi

Oder dient Mercosur als Ablenkung, passiert im Hintergrund ähnlich wie bei einem Puppentheater etwas ganz anderes, was sich unseren Blicken entzieht, weil wir so fixiert sind, auf das, was wir sehen, bzw. was uns von den Medien gesagt wird. Warum treibt man systematisch unsere über Generationen aufgebauten Familienbetriebe ins AUS?

Eine Analyse von LK-Rat Ing. Paul Pree.

Seit über 25 Jahren ist an dem Handelsabkommen mit den südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, die sich zu einem Binnenmarkt zusammengeschlossen haben, der 72 % der Fläche Südamerikas mit 260 Millionen Menschen umfasst, verhandelt worden. Nachdem das ursprüngliche Abkommen nur durch einen einstimmigen Beschluss der EU-Mitgliedstaaten in Kraft treten hätte können, wurde es in einen politischen Teil und in einen Handelsteil aufgespalten. Dabei wurde auch festgelegt, dass plötzlich nur noch eine qualifizierte Mehrheit reicht, um den Vertrag durchzuwinken. Damit reagierte man nicht zuletzt auch auf einen aufrechten Parlamentsbeschluss Österreichs aus dem Jahr 2019, der es den österreichischen Entscheidungsträgern nicht gestattet hätte, für das Abkommen zu stimmen. Neben Österreich waren es aber vor allem Frankreich, Polen, Italien und Ungarn, die ihre Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf ihre heimische Landwirtschaft und Umweltstandards äußerten. Zünglein an der Waage war aber Italien, welches bei der Abstimmung über das Mercosur-Abkommen im Europäischen Parlament am 21. Jänner 2026 letztlich doch dafür stimmte.

Zeitgleich stimmten die Parlamentarier aber mit einer knappen Mehrheit für eine Überprüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dadurch verzögert sich der Ratifizierungsprozess erheblich, da die Dauer für die rechtliche Prüfung durch den EuGH unklar ist und zwischen 16



Tiefgründige Schwarzerde Böden, unendliche große Felder und weitaus niedrigere Standards sowie kaum gesetzliche Auflagen ermöglichen die Produktion von Ackerfrüchten zu sehr niedrigen Kosten. Diese Produkte gelangen anschließend ...

und 26 Monaten liegen kann. Ob die EU-Kommission eine vorläufige Anwendung des Abkommens anordnet, bleibt noch abzuwarten.

Mercosur als Ablenkung?

So ist wahrscheinlich den meisten Menschen entgangen, dass am **1. August 2020 ein Freihandelsabkommen mit Vietnam** in Kraft trat, oder im Jänner 2023 jenes mit **Neuseeland**. Über die Abkommen mit **Indien** und **Australien** wurde ebenfalls sehr spärlich berichtet, ganz zu schweigen vom DCFTA. Diese Abkürzung steht für „Deep and Comprehensive Free Trade Area“, was auf Deutsch „Vertiefte und Umfassende Freihandelszone“ bedeutet und ein Teil des **Assoziierungs-**

abkommens zwischen der **Europäischen Union und den Ländern Ukraine, Georgien und Moldawien** ist.

Erst im Herbst 2025 unterzeichnete Landwirtschaftsminister Mag. Norbert Totschnig das überarbeitete **Assoziierungsabkommen mit der Ukraine**, welches zum Teil enorme Steigerungen der Importquoten umfasst: Weizen (+30 %), Mais (+54 %), Geflügel (+33 %), Eier (+200 %), Butter (+233 %), Milchpulver (+308 %), Kondensmilch (+150 %), Zucker (+398 %) und Honig (+483 %). Bauernbundpräsident DI Georg Strasser kommentiert dann diese Zahlen vom Rednerpult im Parlament aus mit den Worten: „Was braucht es im Handel mit Dritt-

e jedes andere?



... auf den Markt eines kleinstrukturierten Landes wie Österreich, wo sie zu einem starken Preiswettbewerb führen und die heimische Landwirtschaft unter erheblichen wirtschaftlichen Druck setzen.

staaten, was die Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion betreffen, es braucht maßvolle Kontingente und gleiche Produktionsbedingungen.“ Ich denke, diese Zahlen sprechen für sich und was die Produktionsbedingungen betrifft, hat sich die Ukraine nicht umsonst einen Namen als „Kornkammer Europas“ gemacht!

Entwicklung des Landbesitzes in der Ukraine

Die Entwicklung des Landbesitzes in der Ukraine ist seit 2014 eng mit den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen im Land verknüpft. Agrarholdings und große landwirtschaftliche Unternehmen haben in den letzten Jahren stark an Einfluss gewonnen. Wirtschaftskrisen, angestoßen durch den Konflikt mit Russland und Importbeschränkungen, haben dazu geführt, dass viele Kleinbauern in die Armut abrutschten. Kleine Betriebe haben Schwierigkeiten, da große Agrarholdings oft effizienter sind und es für sie vor allem einfacher ist, an Anleihen und Kredite zu kommen. Obwohl seit 2001 in der Ukraine ein Moratorium auf den Verkauf von landwirtschaftlichem Land besteht, wurde 2024 ein Gesetz verabschiedet, das den Ver-

kauf von landwirtschaftlich genutztem Land unter bestimmten Bedingungen erlaubt, was jedoch mit Bedingungen und Vorschriften verknüpft ist, um großen Erwerb durch ausländische Investoren einzuschränken. Die Regierung entschied sich zu diesem Schritt, um durch den Verkauf und die Vermietung von landwirtschaftlichem Land für wirtschaftliche Erholung zu sorgen. Wenig überraschend ist also der größte Grundbesitzer in der Ukraine die **Kernel Holding S.A.**, die ihren Sitz in Luxemburg hat. Kernel ist der größte Produzent von Sonnenblumenöl und bewirtschaftet etwa 582.000 ha Land, das ist mehr als die gesamte Agrarfläche Oberösterreichs! Die landwirtschaftliche Nutzfläche in Oberösterreich beträgt insgesamt etwa 503.000 ha. **UkrLandFarming** mit Sitz in Zypern ist zweitgrößter Grundbesitzer und bewirtschaftet ca. 403.000 ha. Viele der größten Agrarunternehmen, die in der Ukraine tätig sind, haben eine ausländische Registrierung, darunter auch Unternehmen wie **Monsanto** und **Cargill**. Erst auf Platz 10 der größten Grundbesitzer der Ukraine ist die ukrainische Agrarholding **Nibulon** zu finden, mit einer Anbaufläche von 82.500 ha. Ihre Hauptproduk-

te sind Getreide (Weizen, Gerste und Mais), Ölsaaten und Tierhaltung mit Milchkühen und Schweinen in mehreren Regionen der Ukraine.

Entwicklung des Landbesitzes in Österreich

Österreich und unsere Kulturlandschaft wurden geprägt von vielen kleinen bäuerlichen Familienbetrieben. Oft tragen unsere Bauernhöfe in Österreich die Erbhof-Plakette. Eine besondere Auszeichnung, die ein Hof erhält, wenn er seit mehr als 200 Jahren in Familienbesitz ist. Aber was passiert gerade? Der sogenannte Strukturwandel schreitet weiter voran. Waren es beim EU-Beitritt vor allem die ganz kleinen Betriebe, die aufgegeben haben, folgen mittlerweile Betriebe mit 30 bis 40 Kühen, die ihre Stalltüren für immer schließen. Reiner Ackerbau mit 60 Hektar rechnet sich nicht einmal mehr im Nebenerwerb.

In Österreich schließen jeden Tag neun landwirtschaftliche Betriebe, steigen also aus der Produktion aus. Die am 24. November 2025 veröffentlichte Wifo-Studie, wonach gerade einmal vier von hundert an der Kassa im Supermarkt aus gegebenen Euros bei uns Bauern ankommen, untermauert die

katastrophale Situation der landwirtschaftlichen Urproduktion. Wir sind die Letzten in der Wertschöpfungskette! Die Studie zeigt deutlich, dass nicht die Bäuerinnen und Bauern die Preistreiber der hohen Inflation sind, sondern dass mittlerweile Energie, Logistik, Personal, Verpackung und immer mehr Importe die Kosten dominieren. Zusammenfassend sieht Franz Sinabell, Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes, die Bauern in einer schwierigen Sandwich-Position: „Sie tragen das volle Produktionsrisiko, profitieren aber kaum von Preiserhöhungen im Supermarkt, da die Margen in anderen Teilen der Kette hängen bleiben.“ Abschließend stellt er fest: „In der Landwirtschaft lässt sich nur so viel verdienen, dass man gerade über die Runden kommt, aber an der Landwirtschaft lässt sich gut verdienen!“ Sinabell fordert daher mehr Transparenz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, um sichtbar zu machen, an welcher Stelle der Kette der Wertzuwachs tatsächlich stattfindet und wo der Profit hängen bleibt.

Brüssel der größte Schauplatz für Lobbyismus

Ich sehe hinter dieser Entwicklung eine ganz klare Machtverschiebung in Richtung der Konzerne und die EU fungiert aus meiner Sicht als Brandbeschleuniger. Das „Demokratiedefizit“, von dem in politikwissenschaftlichen Debatten oft zu hören ist, wird immer offensichtlicher. Für mich ist Brüssel der größte Schauplatz für Lobbyismus. Große Konzerne haben die finanziellen Mittel, hunderte Experten permanent in Brüssel zu stationieren, um an Gesetzestexten mitzuschreiben. Die Lobby der Konzerne (Maschinen, Chemie, Handel) hat in Brüssel deshalb oft so leichtes Spiel, weil sie mit einheitlichen Interessen auftritt, während wir Landwirte uns spalten lassen, in Groß vs. Klein, Bio vs. Konventionell, Ackerbau vs. Tierhaltung ... – ganz nach dem Herrschaftskalkül „Divide et impera“ (Teile und Herrsche). Was geschieht

da gerade im Hintergrund? Warum treibt man systematisch unsere über Generationen auf gebauten Familienbetriebe ins AUS? Wir produzieren zu Preisen wie vor 30 Jahren und das, obwohl sich unsere Ausgaben verdrei- bis vervierfacht haben. Zwei von drei Betrieben haben aufgegeben und das Drittel, das übriggeblieben ist, ist gewachsen. Ganz nach dem Motto: „Wachse oder Weiche“. Aber Wachstum kostet sehr viel Geld, da kein Stein auf dem anderen bleibt und spätestens der Vergleich unserer Produktionsbedingungen mit jenen in der Ukraine zeigt, wir werden nie zu den Großen gehören. Sind wir vielleicht nur lästige Konkurrenz, die den Mächtigen eventuell bei der Umsetzung ihres Planes in die Suppe spucken könnten?

„Kontrolliere das Erdöl und du kontrollierst die Nationen, kontrolliere die Lebensmittel und du kontrollierst das Volk.“

Dieses Zitat aus den frühen 1970er-Jahren stammt von niemandem geringeren als Henry Kissinger, dem ehemaligen US-Außenminister. Kissinger tätigte diese und ähnliche Aussagen im Umfeld der ersten Ölkrise (1973). Während die arabischen Staaten das Öl als Waffe gegen den Westen nutzten, erkannte Kissinger, dass die USA mit ihrer enormen Getreideproduktion ein ebenso mächtiges Gegenstück in der Hand hielten. Kissingers Logik beschrieb damals die Macht von Staaten. Heute hat sich diese Macht zu Konzernen verschoben. Die „ABCD“-Konzerne kontrollieren den weltweiten Handel mit Rohstoffen wie Weizen, Mais und Soja. Warum „ABCDs“: **A**rcher Daniels Midland, **B**unge, **C**argill und **D**reyfus (Louis Dreyfus Company). Diese Firmen sind oft seit über 100 Jahren in Familienbesitz oder privat geführt. Sie besitzen die Schif-

fe, die Silos und die Logistikketten, um Lebensmittel weltweit zu verschieben. Das „C“ würde ich persönlich doppelt vergeben, da ich auch noch COFCO erwähnen würde, ein staatlicher chinesischer Gigant, der die Ernährungssicherheit der 1,4 Milliarden Menschen in China direkt kontrolliert.

„Die Landwirtschaft ist die Mutter aller Industrien.“

Dieses Zitat verdeutlicht, dass ohne eine funktionierende Urproduktion alles andere (Technik, Handel, Finanzen) in sich zusammenbricht. Ist das vielleicht auch der Grund, dass man die Landwirtschaft in Europa zunehmend in die Knie zwingt, oder soll die Kontrolle über die Lebensmittelproduktion aus den Händen der vielen Bauern in die Hände weniger globaler Konzerne wandern? Damit wäre auch erklärt, warum sich die politische Macht immer weiter weg von der Demokratie hin zum Lobbyismus verschiebt. Was es braucht, ist ein Schulterschluss der Gesellschaft über alle politischen und gesellschaftlichen Grenzen hinweg. Es braucht ein klares Bekenntnis der Konsumentinnen und Konsumenten zu uns Bäuerinnen und Bauern! Jeder Griff ins Regal zu einem heimischen Produkt ist ein Produktionsauftrag an uns! Fordert bitte auch von Eurer Seite die „allumfassende Lebensmittelerkennungszeichnung“, auch für be- und verarbeitete Produkte und fragt bitte Euren Wirt, von wo er seine Produkte bezieht und ob diese garantiert österreichischer Herkunft sind. Manche Gastronomen machen dies ohnedies schon freiwillig, aber viele weigern sich noch. Scheinbar haben diese den Mehrwert, den sie mit österreichischen Produkten mit kaufen, nämlich eine einzigartig gepflegte Kulturlandschaft, die vor allem auch viele ausländische Gäste anzieht, noch nicht erkannt.

Einforstungsrechtegesetz

Ein großes Problem stellen laufende Verfahren dar, da werden jetzt Berechtigte gegen deren Willen in Geld abgelöst (Enteignung), die gesetzliche Grundlage könnte sich zugunsten vieler dieser Fälle ändern, (wenn das Regierungsübereinkommen auch wirklich umgesetzt wird): Seite 36 im Regierungsübereinkommen: „Wir novellieren das Salzburger Einforstungsrechtegesetz im Sinne der Beschleunigung der Verfahren und einer zeitgemäßen Ausübung der Rechte, wobei die Eigen-

waldausstattung keinen Einfluss auf die Einforstungsrechte haben darf.“ Wir fordern einen sofortigen Stopp bzw. Aufschub der offenen Ablöseverfahren, bis das novellierte Salzburger Einforstungsrechtegesetz in Kraft tritt. Bei der Novellierung des Gesetzes ist das Regierungsübereinkommen, gültig 2023–2028 umzusetzen. Der LWK Präsident Rupert Quehenberger möge sich bei den zuständigen Stellen einsetzen und eine rasche Umsetzung veranlassen.

Almbauern

Die Almbauern werden immer so schön dargestellt, doch die Milchkuh ist eine große Herausforderung. Um den Almbauern gesetzlich und finanziell zu helfen, braucht es ein Hilfsprogramm. Jeder Almsenner darf gesetzlich nur 40 Stunden pro Woche arbeiten bei persönlichen Differenzen mit dem Senner oder der Sennerin zahlt man noch mal zwei Gehälter nach. Für das Gesetz arbeitet dieser dann zum Beispiel von 4:00-22:00 Samstag und Sonntag durch.

Vorschlag:

- Einen Nettotaglohn vereinbaren
- Dienstnehmeranteil übernimmt das Land
- Milchkuh auf der Alm 160 Euro



Foto: Pixabay

- Mutterkuh 100 Euro
- Ziege/Schaf 7 Euro
- Tiergesundheit 30–40 Euro/pro Kuh (wenn die Zellzahl vor der Alm unter 250 000 ist)
- Jugendliche/Schulpflichtige 80/120 Euro
- Transportkostenzuschuss für Zins Vieh

LWK Präsident und der Almwirtschaftsobmann mögen sich für eine schnelle Lösung einsetzen.

Landesverbandstag 1. März 2026

Zwei Gastredner durften wir beim Landesverbandstag begrüßen: **Michael Hörl, Wirtschaftspublizist aus Salzburg**, sprach über das Zusammenspiel von starkem Bauerntum und freiem Markt. Er betonte, dass bäuerliche Landwirtschaft weit mehr als reine Nahrungsmittelproduktion sei und eine zentrale Rolle für Nachhaltigkeit, soziale Stabilität, Kultur und regionale Wirtschaftskraft spiele. Ohne sie wür-

den Landschaften veröden und die Lebensqualität im ländlichen Raum sinken. Daher müsse sie im freien Markt gestärkt und geschützt werden.

Ingrid Eichberger referierte über die Zukunft der Naturschutzförderungen, insbesondere ÖPUL und Renaturierung. Das Renaturierungsgesetz erfordere ein Umdenken und biete zugleich Chancen für die Landwirtschaft.

Holzpreis

Seit 20 Jahren bewegt sich der Holzpreis zwischen 90 und 150 Euro brutto je Kubikmeter Fichtenrundholz. Damit sind die Preise gleich hoch wie in den 1980iger bzw. 1990iger Jahren und der Wert des Holzes hat sich dadurch seitdem halbiert. Außerdem wird für jeden Kubikmeter Tannenholz ein Abschlag von 7 bis 10 Euro einbehalten, was nicht nachvollziehbar und sofort abzustellen ist. Landwirtschaftskammer und Waldverband mögen sich gegen diese Ungerechtigkeit einsetzen.



Foto: Pixabay

Milchzubringergeld

Kürzung des Milchzubringergeldes um 300.000 Euro! Das Land zahlte 800.000 Euro für die Milchzubringer an die Molkereien. Das Geld bekommen Bauern, die ihre und/oder die Milch anderer Bauern zur Sammelstelle fahren (entweder nach Liter oder nach Kilometer). Diese Bauern haben jetzt einen hohen finanziellen Nachteil – diese Kürzung gehört sofort rückgängig gemacht.



Aktuelles aus dem Landesverband OÖ



Alois Hamminger, Obmann-Stellvertreter des Vereins der Milchproduzenten, wurde für sein langjähriges und engagiertes Wirken im Sinne der bäuerlichen Interessen mit dem **Hans Kudlich Award** ausgezeichnet.



Vertreter des UBV, Gülleforscher Bernhard Tafelmeier-Marin, beim traditionellen Treffen mit dem **Präsidenten des Bayerischer Bauernverband, Günther Felßner**, zum grenzüberschreitenden Austausch.



Beim **Landfrauen-Ausflug** wurde traditionelles Textilhandwerk hautnah erlebt. Das Textile Zentrum in Haslach, die Weberei und Manufaktur Viehböck sowie Blaudruck Wagner wurden besichtigt.



Johann Großpötzl lud anlässlich seines **Geburtstags „70+1“** zahlreiche Gäste aus Bayern und Österreich ein. Am Bild von li.: Herbert Hochwallner, Johann Ilsinger, Karl Keplinger, Johann Großpötzl, Günther Felßner, Hermann Jäger mit Gattin und Josef Kaltenegger.



Albert Brandstetter aus Ternberg blickt auf 60 Jahre UBV Mitgliedschaft zurück: „Damals wie heute begeistert mich als Betroffener der Einsatz für uns Bauern – unabhängig von Parteiinteressen.“



Für ihre großen Verdienste um die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft wurde **LK-Rätin Gudrun Roitner aus Wilhering** der Berufstitel Ökonomierätin verliehen.

Bildquelle: BMLUK

Fahrt nach Straßburg

Ende April besuchten UBV Mitglieder das EU Parlament in Straßburg. Auf dem Hinweg besichtigten wir den **Charolais-Zuchtbetrieb von Ernest Hoeffel** in Walbourg. Fachkundig wurde uns erläutert, warum der Humusaufbau in den dort besonders heißen Regionen so wichtig ist und wie dieser umgesetzt wird. Als Einstreu dienen Hackgut, vorwiegend aus Laubholzhecken, sowie Stroh. Dieses Material bleibt insgesamt zwei Jahre im Umlauf, bevor es auf die Felder ausgebracht wird.

Verfüttert wird ausschließlich hofeigenes Futter, wobei den Tieren auch Dinkel einschließlich der wertvollen Spelzen vorgelegt wird, die Silizium und Folsäure enthalten. Der unkrautfreie Bestand der Wintergetreidefelder sowie die schönen Tiere bestätigten die exzellente biologische Wirtschaftsweise der Betriebsleiter.

Straßburg – die Hauptstadt Europas und des Elsass – sprüht vor Energie und Dynamik. Es ist eine Stadt, in der mittelalterliche Fachwerkhäuser und futuristische EU-Gebäude aufeinandertreffen. Das Elsass wiederum ist eine Region, die im Laufe der Geschichte abwechselnd zu Frankreich und Deutschland gehörte – je nachdem, wer die jeweiligen kriegerischen Auseinandersetzungen für sich entschied. Die Stadt beherbergt mehrere bedeutende europäische Instituti-



Beim Besuch des Agroforst-Betriebes von Ernest Hoeffel und seiner Gattin standen fachlicher Austausch, großes Engagement und herzliche Gastfreundschaft im Mittelpunkt.



Markante Verwaltungsgebäude im Europaviertel.



Die Kühe fühlen sich auf Pferdemist und Kalk wohl.

onen: das Europäische Parlament, den Europarat und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Wir besichtigten das Europäische Parlament, das derzeit 720 Abgeordnete umfasst. Aus Österreich entsenden FPÖ sechs, ÖVP und SPÖ jeweils fünf, NEOS und Grüne jeweils zwei Abgeordnete. Der EU-Abgeordnete Roman Haider skizzierte die Arbeit der FPÖ-Mandatare, die der drittstärksten Fraktion „Patrioten für Europa“ mit 84 Abgeordneten angehören.

Auf dem Rückweg besuchten wir den **Römerhof von Pina und Ihno Stähle** in Tiefenbronn nahe Pforzheim. Ihnos Leidenschaft gilt der Milchviehhaltung: Die 70 Holstein-Kühe werden mit Kompakt-TMR gefüttert und mittels Melkroboter gemolken. Zudem werden 1.200 Legehennen in mobilen Ställen gehalten, deren Eier ausschließlich direkt vermarktet werden. In einem gut gelegenen Verkaufshäuschen werden neben Eiern auch weitere landwirtschaftliche Erzeugnisse angeboten. Pina Stähle kümmert sich um mehr als 30 Einstellpferde, organisiert Hofführungen und Veranstaltungen für Kinder und engagiert sich darüber hinaus in der Lokalpolitik. Die Familie präsentierte sich als äußerst sympathische und engagierte Landwirtschaftsfamilie, deren Tochter derzeit in Wien studiert.



Weitere Bilder stehen auf: www.ubv.at

Unsere Anträge



UBV OÖ
VV der LK OÖ
am 11. März 2026

Antrag 1

Bestimmungslandprinzip: Für importierte landw. Erzeugnisse müssen die gleichen Produktionsstandards eingehalten werden, wie sie für die Produzenten in Österreich gelten.

von BB und SPÖ abgelehnt

Begründung für Ablehnung: falscher Adressat; laut Recherche ist aber das Gesundheitsministerium zuständig

Antrag 2

Bei Handelsabkommen, von denen die Wirtschaft Gewinne erwartet, ist sicherzustellen, dass allfällige Wettbewerbsnachteile für die **heimische Landwirtschaft finanziell ausgeglichen** werden.

von BB und SPÖ abgelehnt

Antrag 3

Mehrjährige Großtier-Praxiserfahrung als Voraussetzung für Amtstierärzte

von BB, SPÖ, FPÖ und Grüne abgelehnt

Antrag 4

Abschaffung der verpflichtenden 7%igen Biodiversitätsfläche (Stilllegungsfläche) für Biobetriebe

von BB, SPÖ und FPÖ abgelehnt

Antrag 5

Kostenübernahme des Impfstoffes gegen die Blauzungenkrankheit

von BB, SPÖ und Grüne abgelehnt

Antrag 6

Täglich werden in Österreich rund 12 ha **Acker- und Grünland verbaut.** Für diese Flächen werden keine Agrarförderungen bzw. Ausgleichszahlungen mehr ausbezahlt. **Was geschieht mit den dadurch freiwerdenden Fördermitteln und welchem Ressort werden diese Mittel zugeordnet?**

von BB, FPÖ und Grüne abgelehnt

Antrag 7

Volle Abbildung der Landwirtschaft im Ammoniakreduktionsmaßnahmenkatalog des UBA

von BB, FPÖ, SPÖ und Grüne abgelehnt

Antrag 8

Die **Ausweitungsmöglichkeiten** auf empirischer Datenlage **für die Kombinationsmöglichkeiten** behördlich prüfen, um alle Potenziale effizient nutzen und beraten zu können.

von BB und Grüne abgelehnt, FPÖ und SPÖ nicht anwesend

Antrag 9

Erforschung der Kombination von zwei Kategorie 1 Verfahren der UNECE-Guideline zur offiziellen Doppelausweisung

von BB, FPÖ und SPÖ abgelehnt



UBV Salzburg
VV der LK Salzburg
am 13. März 2026

Antrag 1

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird von den Agrarpolitikern des Bauernbundes auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene von **Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung** gesprochen bzw. diese gefordert. Die LK wird aufgefordert drei konkrete Vorschläge für Verwaltungsvereinfachungen bzw. Bürokratieabbau zu erarbeiten und an die Stellen weiterzuleiten, die das umsetzen müssen zum Vorteil für die Österr. Landwirtschaft.

Vorschläge des UBV: ein Mehrfachantrag pro GAP Periode ab 2028, solange sich bei den Flächen bzw. bei der Bewirtschaftung nichts ändert. *Landwirte, die einen landw. Facharbeiter od. eine höherwertige Ausbildung haben, in Zukunft keine verpflichtenden Schulungen mehr machen müssen, um Gelder aus der GAP od. anderen Förderschienen zu lukrieren.*

Antrag 2

Da es in der Vergangenheit immer häufiger zu Rückrufen von Lebensmitteln wie Babynahrung oder hormonbelastetem Fleisch gekommen ist, die Rohstoffe aus Drittstaaten enthalten, stellt dies eine erhebliche Gefahr für Konsumenten und die Umwelt dar. Deshalb braucht es **strengere Kontrollen auf verbotene Rückstände in Lebensmitteln aus Drittstaaten.**

figer zu Rückrufen von Lebensmitteln wie Babynahrung oder hormonbelastetem Fleisch gekommen ist, die Rohstoffe aus Drittstaaten enthalten, stellt dies eine erhebliche Gefahr für Konsumenten und die Umwelt dar. Deshalb braucht es **strengere Kontrollen auf verbotene Rückstände in Lebensmitteln aus Drittstaaten.**

Antrag 3

In fast allen Sparten der Landwirtschaft fallen die Erzeugerpreise und die Produktionskosten steigen. Es braucht eine **Senkung der Energiekosten:** Steuerbefreiung bei Diesel, günstigere Stromtarife, zusätzliche Unterstützung bei Erneuerbarer Energie.

Antrag 4

Der **Tierärztemangel** verursacht Tierleid bei Geburten und Notfällen. Auf der anderen Seite jedoch gibt es doppelbesetzte Amtstierärzte, die nur für bürokratische Zwecke da sind. Tierärzte dürfen nur da eingesetzt werden, wo sie auch wirklich gebraucht werden, um so sinnloses Tierleid zu vermeiden.



UBV NÖ
VV der LK NÖ
am 27. April 2026

Antrag 1

Herkunftskennzeichnung bringt Wissen, Wertschätzung und Wertschöpfung – es braucht eine durchgängige, österreichische Herkunftskennzeichnung auch in der Gastronomie.
vom BB abgelehnt

Antrag 2

Gleiche Produktionsstandards (Tier-, Pflanzen-, Umweltschutz und Sozialstandards) wie in Österreich gesetzlich vorgeschrieben bei allen importierten Agrarprodukten.
vom BB abgelehnt

Antrag 3

Maßnahmen gegen den **Tierärztemangel** im ländlichen Raum *in Fachausschuss verwiesen*

Antrag 4

Bürokratieabbau – Mehr Zeit für Landwirtschaft
vom BB abgelehnt

Antrag 5

Agrarstrom nach Vorbild des Industriestroms
vom BB abgelehnt

Antrag 6

Die Kosten für die **Wasseruntersuchung** mögen vom Land NÖ oder von der jeweiligen Molkerei übernommen werden.
vom BB abgelehnt

Antrag 7

Rückerstattung der CO₂ Steuer an Landwirte
vom BB abgelehnt

Antrag 8-10

Siehe **UBV OÖ Anträge 7-9**
alle vom BB abgelehnt

Antrag 11

Das EGG (Erneuerbares-Gas-Gesetz) abändern: die „Zehnkilometer-Regel“ und die damit verbundene verpflichtende Gaseinspeisung für Klein/Kleinstbiogasanlagen bis zu einer elektrischen Leistung von 100 kW streichen.
vom BB abgelehnt

Antrag 12

Generelles Importverbot für Fleisch und Milch aus Ländern mit Einsatz von **Wachstumshormonen**
vom BB abgelehnt

Antrag 13

Abläufe in den verschiedenen Teilen der **SVS** vereinheitlichen und kundenfreundlicher gestalten. Saldenausgaben, Zahlungsaufstellungen; Umbuchungen zwischen Konten für Benutzer unbürokratisch und kundenfreundlich ermöglichen. **Doppelversicherungen** sind auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen und ggf. einzustellen.
vom BB abgelehnt

Antrag 14

Mehrfachversicherung bei Nebenerwerbslandwirten streichen.
vom BB abgelehnt

Antrag 15

Recht auf **analoge Betriebsführung**
vom BB abgelehnt

Antrag 16

Umsetzung der in § 1 des **österreichischen Landwirtschaftsgesetzes** festgelegten Ziele
vom BB abgelehnt

Antrag 17

Änderung bei **Aufwandsentschädigung für amtliche Weinkost**
vom BB abgelehnt

Antrag 18

Kostenentschädigung für die **amtliche Prüfnummernweinkost** anpassen
vom BB abgelehnt

Antrag 19

Wiedereinführung der **Mutterkuhprämie** von 250 Euro pro Mutterkuh
vom BB abgelehnt

Antrag 20

Erhöhung der Ausgleichszahlungen nach Schweizer Vorbild
vom BB abgelehnt

Antrag 21

Regulierung **neue Gentechnik** NGTs – Siehe Artikel Seite 11
vom BB abgelehnt

Antrag 22

Nutzung von **Heizöl als Treibstoff** in der Landwirtschaft
vom BB abgelehnt

Antrag 23

„Einfache Ausstattung“ von **Pick-Up Fahrzeugen**
in Fachausschuss verwiesen

Antrag 1

Volle **Inflationsabgeltung** – rückwirkend für alle Leistungszahlungen (Bedingt durch eine Inflation von 100 % seit dem EU-Beitritt sind die Ausgleichszahlungen in der Kaufkraft nichts mehr wert.)

Antrag 2

Anhebung der Mehrwertsteuer auf 20 % bei allen Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft

Antrag 3

Leistungsabgeltung NEU für die Bauern mit einem **Sockelbetrag** in der Höhe von 30.000 Euro im Jahr ab 20 Hektar. Gedeckelt mit 100 Hektar.

Antrag 4

Anpassung aller öffentlichen Zahlungen an die Erhöhung der SVS 2026

Antrag 5

Arbeitslosenbezug für Nebenerwerbslandwirte

Antrag 6

Frist **Haltungsstufen für Milchkuhhalter** verlängern

Antrag 7

Sofortige Kontrolle beim Handel mit Lebensmitteln hinsichtlich Herkunft und Produktionsvorgaben

Antrag 8

Verknüpfung von **Baugesetz/Raumordnungsplanung** mit dem ABGB

Antrag 9

Maximal 100 % Preisauflschlag für den Handel beim Handeln mit Lebensmitteln. So kann man das Preisdumping mit importierten Lebensmitteln stoppen.

Antrag 10

Zulassung für das System **Gülleverdünnung mit Wasser 1:1 als Alternative** im Mehrfachantrag zur Zielerreichung der Nitratrictlinie



Bauerndemo in Wien am 1.4.2026

Die Anliegen der Bauern sind entsprechend groß: Bei einer vom Bündnis Zukunft Landwirtschaft organisierten Demonstration wurde Wien zeitweise lahmgelegt. Lautstark präsentierten die rund 3.000 anwesenden Landwirte dem Landwirtschaftsminister sowie den für Landwirtschaft zuständigen Nationalratsabgeordneten ihre Probleme und Forderungen. Ein „Weiter wie bisher“ dürfe es nicht mehr geben – andernfalls werde man wiederkommen. „Das ist keine Drohung, sondern ein Versprechen“, war bei der Kundgebung vor dem Landwirtschaftsministerium zu hören.

Ein Herzliches DANKE an

Erich Altenriederer samt Freunden vom UBV St. Pölten für Äpfel und Fruchtsäfte

Gerhard Halbwachs und Familie vom UBV Lilienfeld für die Feldküche mit Würstel und Semmeln.



Landwirte möchten ihre Höfe in gutem und gesundem Zustand an die nächste Generation weitergeben – dafür sind verlässliche Zukunftsperspektiven unerlässlich.

Bauerngipfel in Garsten



Rund 450 Gäste verfolgten den von einem Privatsender veranstalteten „Bauerngipfel“ in Garsten, bei dem Vertreter der Landwirtschaft über aktuelle Herausforderungen diskutierten. Seitens des Unabhängigen Bauernverbandes waren die **Landwirtschaftskammer-Räte Josef Handl (NÖ) und Paul Pree (OÖ)** vertreten. Die Veranstaltung knüpfte an die Bauerndemo am 1. April 2026 in Wien. Sieben Vertreter aus der Bauernschaft bestiegen das Podium und es wurden die aktuellen Probleme in der Landwirtschaft angesprochen. Preisabsturz bei Milch, Wei-

zen, Kartoffel, Rüben, Schweinefleisch und jetzt auch Rindfleisch, Trockenheit, Ukraine-Abkommen, Bürokratie, Herkunftskennzeichnung etc. Auch die Landwirtschaftskammer wurde in die Pflicht genommen: Die Pflichtmitgliedschaft sei für die Bauern eindeutig ein erheblicher Nachteil, wurde resümiert. Für die fehlende Kaufkraft wurden Beispiele genannt: Im Jahr 1980 hat ein Liter Milch 51 Cent gekostet, Diesel 29 Cent, Zigaretten 1,45 Euro und ein Bier 73 Cent. Im Jahr 2026 liege der Milchpreis weiterhin bei rund 51 Cent, während Diesel mit etwa 1,80 Euro um

rund 520 Prozent, Zigaretten mit sieben Euro um rund 382 Prozent und Bier mit 4,50 Euro um rund 516 Prozent teurer geworden seien. „Es kann nicht sein, dass Lebensmittel scheinbar möglichst billig bleiben müssen, während andere Produkte stark im Preis gestiegen sind“, fasste Handl zusammen. Ein weiterer Punkt ist die nicht abgeglichene Leistung der Kulturlandschaft. Auch Forderungen, die den Staat nichts kosten würden und von der Einheitspartei – die allerdings mit Abwesenheit glänzte – sofort umsetzbar wären, präsentierte UBV LK-Rat Josef Handl: die Aufhebung der Schnittzeitaufgaben bei Biodiversitätsflächen sowie der verpflichtenden ammoniakmindernden Baumaßnahmen und der 4-Stunden-Einarbeitungspflicht. Da die NEC-Ziele seit 2024 erfüllt seien, fordert der UBV eine realitätsnahe Berechnung der Landwirtschaft unter stärkerer Berücksichtigung von Gülleverflüssigung sowie Brauch-, Silo- und Regenwasser. Das würde sofort Bürokratie abbauen.

LK-Rat Josef Handl

Gefahr für gentechnikfreie Landwirtschaft

Die geplante EU-Regulierung zu neuen gentechnischen Verfahren (NGT) stößt auf massive Kritik. Künftig könnten gentechnisch veränderte Pflanzen ohne Kennzeichnung und Risikoprüfung auf den Markt kommen. Damit stehen Wahlfreiheit und gentechnikfreie Produktion auf dem Spiel. Franz Fink fasst zusammen:

Seit Jahren wird eine Herkunftskennzeichnung gefordert, eine Allergeninformationspflicht ist wirksam und nun sollen gentechnisch veränderte Lebensmittel erlaubt sein. Mit der am 21. April 2026 getroffenen Einigung im Rat der EU zur Regulierung neuer Gentechnik steht ein zentrales Prinzip der europäischen Lebensmittelpolitik vor dem Zerfall. Der aktuelle Entwurf sieht vor, einen Großteil der mit sogenannter „neuer Gentechnik“ erzeugten Pflanzen künftig von Kennzeichnung, Rückverfolgbarkeit und Risikoprüfung auszunehmen.

Eigentlich sollte der Umweltausschuss des Europaparlaments (ENVI) am 5. Mai über den Gesetzesentwurf zu Neuen Gentechnik (NGT)-Pflanzen abstimmen. Dies ist aufgrund der vielen Änderungsanträge vertagt worden. Insgesamt sollen 37 eingereicht sein und könnten bei der nächsten regulären Sitzung des ENVI – die am 1. oder 2. Juni stattfinden soll – behandelt werden. Danach wird das Plenum des Europaparlaments über den Gesetzesentwurf zur Deregulierung von NGT-Pflanzen abstimmen, das könnte in der Sitzungswoche vom 15. bis zum 18. Juni sein.



Ein Antrag zu diesem Thema wurde bei der Vollversammlung der LLK NÖ am 27. April 2026 zur Abstimmung gebracht und hat leider keine Mehrheit gefunden.

Verbraucher wollen Transparenz

Umfragen zeigen seit Jahren, dass über 85 % der EU-Bürger eine Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln fordern – einschließlich sogenannter „neuer“ Gentechnik. Wer auf Gentechnik verzichten will, muss Gentechnik erkennen können. Verbraucher haben ein Recht darauf zu wissen, was in ihrem Essen steckt. Ohne Kennzeichnung wird Wahlfreiheit zur Illusion.

Selbst wenn es in der Verordnung heißt: „NGT-1-Pflanzen und -Produkte werden nicht gekennzeichnet, außer Samen und anderem Fortpflanzungsmaterial, sodass Betreiber bei Bedarf NGT-freie Lieferketten aufrechterhalten können.“ Damit ist eine absolute Abhängigkeit von Saatzuchtunternehmen vorgegeben; ein eigener gentechnikfreier Nachbau nicht mehr möglich, weil Auskreuzungen nicht zu verhindern sind! Für Bio-Bauern ist die Sache klar: Auch die neue EU-Regelung sieht vor, dass Bio weiterhin gentechnikfrei bleibt.

Bio-Bauern wollen gentechnikfreies Saatgut verwenden, wollen eigene Hofsorten weiterverwenden, und wollen keine stärkere Marktkonzentration, keine wachsenden Abhängigkeiten und keinen Verlust an Vielfalt. Dies gilt auch für viele konventionelle Höfe!

Fällt diese Kennzeichnung weg, schwächt das genau die heimische Landwirtschaft – indem man ihr einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil in einem globalen Marktumfeld wegnimmt.

Entscheidung liegt nun beim EU-Parlament

Die Abgeordneten im Europäischen Parlament können dies weiterhin sicherstellen, indem sie sich bei der entsprechenden Plenarsitzung durch ihre Stimme für die Kennzeichnung von Produkten aus neuen gentechnischen Verfahren einsetzen. Österreich ist Vorreiter in der gentechnikfreien Landwirtschaft und hat im EU-Rat klar Nein gesagt. Jetzt liegt es in der Verantwortung der Abgeordneten zum EU-Parlament, diese Haltung zu bekräftigen und die Gentechnikfreiheit zu schützen.



Die Bauern sind bereit

Pöndorf am 8. März 2024, Wien am 31. Mai 2024 und am 1. April 2026: Die Bauern haben ihre Stärke gezeigt – in Form von Bauernprotesten. In der Landwirtschaft scheint die Zeit reif zu sein, das anzuwenden, was für viele andere Berufsgruppen längst selbstverständlich ist: die eigenen Interessen mit Nachdruck einzufordern. Ohne

parteilichen Einfluss und über alle Organisationen hinweg scheint dieser gemeinsame Weg zu funktionieren. In weiterer Folge braucht es nun klare Ziele, die wir für unsere Interessen definieren und aufstellen müssen. Für mich ist das oberste Ziel eine wirtschaftlich tragfähige und finanzierbare Landwirtschaft.

Seit 1972 gibt es Ausgleichszahlungen. 1995 wurden diese massiv ausgeweitet, während die Produkt- und Rohstoffpreise der Landwirtschaft dem freien Markt überlassen wurden. Gleichzeitig versucht Europa durch Freihandelsabkommen, die landwirtschaftlichen Rohstoffpreise weiter zu senken.

Daher bleibt aus meiner Sicht nur ein Weg: Der Preisverfall muss durch eine Anpassung der öffentlichen Zahlungen ausgeglichen werden. Zwei Milliarden Euro zusätzlich – oder einfacher gesagt: das doppelte Dezembergeld – sind unumgänglich. Und an alle Kritiker dieses Vorschlags: Bringt bitte eine bessere Lösung. Die Herkunftskennzeichnung allein wird uns keine kostendeckenden Preise sichern.



LK-Rat
Heimo Urbas

The image shows two screenshots from a mobile application. The left screenshot displays news about the 2025 AMA main payment, mentioning 1.34 billion euros and details for 2025, including DIZA and ÖPUL. The right screenshot shows information about a pension increase in 2026, costing 1.73 billion euros. Overlaid on these screenshots are two text boxes: a green one saying 'so wenig Euro erhält die Landwirtschaft' and a red one saying 'das doppelte Dezembergeld ist per Jahr möglich' and 'für Bauern EINMAL nach 30 Jahren ???'.

Landwirtschaftskammerwahl Kärnten 2026 Jetzt mitgestalten!

Im Herbst 2026 finden in Kärnten die Landwirtschaftskammerwahlen statt.

Die Vorbereitungen dafür laufen bereits.

Du möchtest mitarbeiten, deine Ideen einbringen und dich für die Anliegen der bäuerlichen Familien einsetzen? Dann freuen wir uns auf deine Unterstützung!

Melde dich bei:

LK-Rat Heimo Urbas

Tel.: 0699 12536627

Gemeinsam können wir die Zukunft der Landwirtschaft aktiv mitgestalten.

Die AMA und eAMA – Bürokratiemonster auf Kosten der Bauern?

Die Agrarmarkt Austria (AMA) wurde ursprünglich mit dem Ziel gegründet, Transparenz im Agrarmarkt zu schaffen, Fördergelder korrekt abzuwickeln und Qualitätssicherung zu gewährleisten. In der Praxis jedoch wächst unter vielen Landwirtinnen und Landwirten seit Jahren der Unmut. Der Vorwurf: Ein bürokratisches Konstrukt, das Unsummen an Geld verschlingt – finanziert letztlich von jenen, denen es eigentlich dienen sollte.

Zwischen Förderstelle und Kontrollapparat

Die AMA verwaltet Milliardenbeträge an Fördermitteln, insbesondere aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Grundsätzlich ist eine saubere Kontrolle dieser Gelder notwendig. Doch was als Verwaltung begann, wird von vielen Bauern mittlerweile als schwerfälliger Kontrollapparat wahrgenommen.

Mit der Digitalisierung durch das eAMA-Portal sollte alles einfacher, schneller und effizienter werden. Stattdessen berichten zahlreiche Betriebe von komplexen Online-Anträgen, unübersichtlichen Masken und einem enormen Zeitaufwand für Dateneingaben, Korrekturen und Fristenüberwachung. Fehler – selbst formale – können empfindliche Kürzungen nach sich ziehen.

Hohe Verwaltungskosten – wer zahlt die Rechnung?

Kritiker bemängeln seit Jahren die hohen Verwaltungskosten der AMA. Während landwirtschaftliche Betriebe unter Preisdruck, steigenden Betriebskosten und wachsender Regulierung leiden, fließen beträchtliche Mittel in Verwaltung, IT-Systeme, Kontrollen und Marketingmaßnahmen wie AMA-Gütesiegel-Kampagnen.

Die zentrale Frage lautet: Wie viel des Agrarbudgets kommt tatsächlich bei

den Bauern an – und wie viel versickert im System selbst?

Gerade kleinere Familienbetriebe fühlen sich benachteiligt. Für sie bedeutet jede zusätzliche Dokumentationspflicht mehr Büroarbeit – oft am Abend nach einem langen Arbeitstag im Stall oder am Feld. Wer keinen eigenen Büroangestellten hat, muss sich selbst durch komplexe Förderrichtlinien kämpfen oder externe Beratung bezahlen.

Digitalisierung mit Nebenwirkungen

eAMA wurde als Meilenstein der Modernisierung präsentiert. Doch Digitalisierung ersetzt nicht automatisch Bürokratie – sie kann sie auch verstärken. Viele Landwirte berichten, dass sie sich eher als Datenerfasser für Behörden fühlen denn als eigenständige Unternehmer.

Zudem stellt sich die Frage der Verhältnismäßigkeit: Müssen kleinste Flächenabweichungen, minimale Fristüberschreitungen oder formale Fehler zu Sanktionen führen? Der Eindruck entsteht, dass Kontrolle oft Vorrang vor Unterstützung hat.

Vertrauensverlust im ländlichen Raum

Das Grundproblem liegt weniger in der Existenz der AMA selbst, sondern im wachsenden Vertrauensverlust. Wenn Bauern das Gefühl haben, dass ein System vor allem sich selbst erhält, statt ihre Arbeit zu erleichtern, entsteht Frustration.

Landwirtschaftliche Betriebe sind heute mit Klimawandel, Marktvolatilität, gesellschaftlichen Erwartungen und politischen Vorgaben konfrontiert. In dieser Situation wünschen sich viele weniger Bürokratie, mehr Planungssicherheit und eine Verwaltung, die als Partner auftritt – nicht als Hürde.

Reformbedarf statt Systemerhalt

Eine kritische Auseinandersetzung mit Struktur, Effizienz und Kosten der AMA ist daher legitim und notwendig. Transparenz über Verwaltungsausgaben, Vereinfachung der Antragsverfahren und mehr Augenmaß bei Kontrollen könnten erste Schritte sein.

Denn eines ist klar: Jeder Euro, der im Verwaltungsapparat gebunden wird, fehlt potenziell dort, wo er gebraucht wird – auf den Höfen des Landes.

Die zentrale Frage bleibt: Dient das System noch den Bauern – oder die-



nen die Bauern zu nehmen dem System?

*LK-Rat Alfred Enthofer,
Landesobmann Tirol*

UBV OÖ

Hoffest
beim Schneider z' Loh

02. August 2026 | ab 9 Uhr

Feldmesse 10 Uhr
Musikalische Unterhaltung: Blasmusikkapelle Sigharting

Für das leibliche Wohl ist gesorgt!

Kaffee und Kuchen
Tombola regional
Kinderprogramm große Hüpfburg

Auf euer Kommen freut sich das UBV-Team Sigharting und Familie Mair, Hacking 10, 4771 Sigharting

Das Ergebnis der LK-Wahl bestätigt, ...

... dass viele Bäuerinnen und Bauern eine unabhängige und konsequente Vertretung innerhalb der Landwirtschaftskammer fordern. Der UBV konnte seine Position mit 9,52 % sowie drei Mandaten auf Landesebene und 14 Mandaten auf Bezirksebene erfolgreich behaupten und bleibt damit weiterhin eine wichtige Stimme für die heimische Landwirtschaft.

Von 119.927 Wahlberechtigten wurden lediglich 35.211 gültige Stimmen abgegeben. Das entspricht einer äußerst niedrigen Wahlbeteiligung von nur 30,24 %. Mögliche Gründe dafür sind eine zunehmende Politikverdrossenheit sowie Frustration und Resignation vieler bäuerlicher Betriebe. Zudem haben zahlreiche Wahlberechtigte keinen direkten Bezug zur Landwirtschaft mehr, da ihre Flächen mittlerweile verpachtet sind.

Auf den Unabhängigen Bauernverband entfielen auf Landesebene 3.351 Stimmen. Das sind um 837 Stimmen weniger als bei der Wahl im Jahr 2021. Beim Bauernbund fiel der Stimmenrückgang mit mehr als 2.000 Stimmen noch deutlicher aus. Auch wenn der Bauernbund betont, für alle Bäuerinnen und Bauern da zu sein, zeigt die niedrige Wahlbeteiligung, dass sich



Informieren, vernetzen, Allianzen schmieden sind wichtig, um etwas zu verbessern, zu bewegen. Das AMA-Fleischforum 2026 in Wien nutzen wir u.a. dazu, wo man wertvolle Informationen über Trends, Entwicklungen beim Konsumentenverhalten und weltweite Entwicklungen. Die UBV-Lösungsvorschläge, der Sockelbetrag wird mit großem Interesse verfolgt. Am Bild von links UBV Steiermark Obmann Rudi Gutjahr, Styriabrid Obmann Josef Kaiser, Unternehmer Joschi Kaltenegger und zwei junge steirische Schlachtkörper Klassifizierer von der Österreichischen Fleisch Kontrolle (ÖFK), Johann Stebegg und Sebastian Huber.

weniger als ein Drittel der Wahlberechtigten tatsächlich von der bestehenden Interessenvertretung angesprochen oder vertreten fühlt. Auch in den kommenden Jahren werden wir, die Kammerräte des Unabhängigen Bauernverbandes, eine klare Oppositionskraft in der Landwirtschaftskammer sein und uns weiterhin mit Nachdruck für faire Erzeugerpreise, den Erhalt der

Familienbetriebe sowie den Abbau bürokratischer Hürden einsetzen. Das Wahlergebnis ist für uns zugleich Auftrag und Motivation, den eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Mehr Details zum Wahlergebnis stehen auf www.ubv.at

Landesobmann und LK-Rat
Rudi Gutjahr

Der UBV bringt seine Themen und Lösungen überall hin, wo die Entscheidungen getroffen werden. Der UBV entscheidet nicht, was passiert. Das machen die Parteien. Kürzlich war der UBV wieder bei Minister Totschnig.



Am Bild von links Herbert Hochwallner (NÖ), SL Johannes Fankhauser, die Steirer Rudi Gutjahr, Florian Taucher, Joschi Kaltenegger, Minister Norbert Totschnig, BO Karl Keplinger, Alfred Enthofer (Tirol).



UBV-Delegation bei Minister Totschnig v.r. Josef Tiefenbacher (Sbg.), Paul Pree (OÖ), Werner Hirsch und Michael Bubna-Litic (NÖ), Johann Großpötl (OÖ), Christoph Astner (Tirol), Johann Steiner (Sbg.), Heimo Urbas und Hermann Eberhard (Ktn.)

Landes- und Bezirksbauernkammer-Räte in der Steiermark

Für die Anliegen der Bauern setzen sich in der
Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Steiermark ein:



**Rudolf
Gutjahr**
Kindberg



**Mag. Gerhard
Mariacher**
Graz



**Florian
Taucher**
Eggersdorf

In den **Bezirksbauernkammern** vertreten sind:



**BBK
Liezen**

**Andreas
Gusterhuber**
Ardning



**BBK
Liezen**

**Josef
Sallfeldner**
Bad Mitterndorf



**BBK
Liezen**

**Manuel
Schrempf**
Aich-Assach



**BBK
Leoben**

**Barbara
Kapaun-
Lerchbaum**
Mautern



**BBK
Leoben**

**Wolfgang
Judmaier**
Trofaiach



**BBK
Bruck-
Mürzzuschlag**

**Herbert
Kammerhofer**
Aflenz



**BBK
Murtal**

**Gerhard
Ederer**
St. Georgen
ob Judenburg



**BBK
Murau**

**Sandra
Prieler**
Murau



**BBK
Weiz**

**Martin
Pfeifer**
Sinabelkirchen



**BBK
Graz Umgebung**

**Thomas
Schellnegger**
Kainbach



**BBK
Deutschlandsberg**

**Anton
Ertl**
Groß St. Florian



**BBK
Hartberg-
Fürstenfeld**

**Alois
Feldhofer**
Birkfeld



**BBK
Voitsberg**

**Ing. Alfred
Pischler**
Maria Lankowitz



**BBK
Südoststeiermark**

**Stefan
Gollmann**
Bad Gleichenberg



UBV erfolgreich ohne Partei

Die Landwirtschaft steht am Scheideweg. Immer öfter geraten bäuerliche Interessen unter die Räder parteipolitischer Taktik. Der Unabhängige Bauernverband (UBV) beweist jedoch: Erfolgreiche Interessenvertretung braucht kein Parteibuch. Wir sind die einzige Kraft in der Kammer und am Land, die ohne Rücksicht auf Koalitionszwänge Klartext redet. Unser Fokus liegt auf dem Schutz von Eigentum und der wirtschaftlichen Freiheit. Ob beim Widerstand gegen höhere Steuern, ruinöse Freihandelsabkommen oder dem Kampf gegen die ausufernde Bürokratie. Der

UBV ist die echte Bauernvertretung wie sie in Europa üblich ist. Wir setzen uns für faire Preise ein, damit Familienbetriebe von ihrer Arbeit leben können, statt von Almosen abhängig zu sein. Für Grundbesitzer fordern wir die Anerkennung des Urteils des Obersten Gerichtshofes bei Enteignung und Entschädigung bei öffentlichen Bauvorhaben durch die Regierenden. Wer den UBV stärkt, wählt eine Vertretung, die allein dem Bauernstand verpflichtet ist. Unabhängigkeit ist unsere Stärke – für eine Landwirtschaft mit Zukunft.

*LK-Rat ÖR Karl Keplinger,
UBV Bundesobmann*



Offs^{et}- & Digitaldruck



 **RehaDruck**
sozialfair

Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz | (0316) 68 52 55
f | rehadruck@rehadruck.at | www.rehadruck.at

Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte.

Weitere Infos unter office@ubv.at oder
WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22;
matthias.wallner@wbv.at

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden?
Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing und
Sanierung bietet

Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband,
Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at

Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11,
4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Rudolf Gutjahr, Sölsnitz 7, 8643
Kindberg; Landesobmann NÖ, B & W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20,3352
St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersiller Straße 6,
5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für
den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes.
Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat
und Redaktion: 0650/2624245, office@ubv.at; Blattlinie: Mitglieder- und
Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls
nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht
der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Österreichische Post AG
MZ 02Z030371 M
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting

Retouren bitte an:
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting